

Thomas Huschenbeck

Von: Manfred Pointner [Manfred.Pointner@fw-landtag.de]
Gesendet: Dienstag, 13. März 2012 16:53
An: Hans Stanglmair
Betreff: Re: Angriff auf die Photovoltaik

Am 07.03.2012 22:29, schrieb Hans Stanglmair:
Sehr geehrter Herr Abgeordneter Pointner!

Wir Solarfreunde Moosburg setzen uns als Solarinitiative seit vielen Jahren mit großem Engagement für die Energiewende ein, nämlich für die Umstellung unseres Energiebedarfs auf 100% Erneuerbare Energien. Leider musste erst die nukleare Kernschmelze von Fukushima (11.03.2011) passieren, damit die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung im Sommer 2011 ihre Atompolitik aufgaben und umsteuerten. Dieser Schritt war - im Hinblick auf die politische Glaubwürdigkeit - sicherlich nicht leicht. Umso fassungsloser verfolgen wir daher die aktuellen Angriffe auf die Photovoltaik. Steht etwa schon wieder eine Wende rückwärts bevor? Vor allem die FDP (Rösler, Brüderle, Zeil) überschlägt sich mit immer abstruseren Forderungen, aber auch in der CSU und CDU sind zahlreiche Hardliner aktiv. Bei genauerer Betrachtung des Eckpunktepapiers von Herrn Rösler und Herrn Röttgen vom 23.02.2012 zur Änderung des EEG wird schnell klar, dass damit ein Doppeleffekt beabsichtigt ist:

- Einerseits soll der Photovoltaik mit der erneuten radikalen Absenkung der EEG-Vergütung um bis zu 45% bereits ab (9. März) 1. April diesen Jahres sowie mit entsprechenden Folgekürzungen extrem verschlechtert werden, gerade noch rechtzeitig bevor Solarstrom die Netzparität erreicht und so billig wird, dass er keine staatliche Unterstützung mehr braucht.
- Andererseits sollen die Bürger so lange verunsichert werden, bis sie aufhören, weiterhin in so großer Zahl in diese bürgernahe Technik zu investieren. Bereits mehr als 1 Million PV-Anlagen bedeuten auch mehrere Millionen Bürger/Wähler quer durch die Gesellschaft, die diese Anlagen besitzen und ihre Energieversorgung in eigene Hände genommen haben.

Viele Bürger wollen weiterhin in PV investieren, doch die Politik stellt sich quer: Der Zubau soll sofort auf die Hälfte und bis 2017 auf ein Fünftel von 2011 gedrosselt werden. Ziel ist also offensichtlich nicht, die Photovoltaik billiger zu machen, sondern den weiteren Zubau zu unterbinden.

Begründet werden die Angriffe mit der Sorge um stabile Strompreise, die angeblich v.a. durch den starken PV-Zubau und die deswegen steigende EEG-Umlage gefährdet seien. Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen (Prof. Dr. Leprich, IZES, Jan. 2012^[1]) belegen jedoch, dass die PV zu einer spürbaren Dämpfung der Strompreise führt, die derzeit allerdings nicht den

Verbrauchern, sondern dem Stromhandel und der Industrie zu Gute kommt. Die im EEG vorgeschriebene Berechnungsweise führt sogar zu dem paradoxen Effekt, dass die EEG-Umlage umso mehr steigt, je stärker die Preisdämpfung ausfällt. Obendrein wird die EEG-Umlage durch immer neue gesetzliche Sonderbelastungen aufgebläht, auch im aktuellen Rösler/Röttgen-Papier. Wenn man die Haushalte bei der EEG-Umlage tatsächlich entlasten will, wäre es notwendig,

- bei der Berechnung die preissenkende Wirkung der Photovoltaik zu berücksichtigen,
- weniger (statt immer mehr) Betriebe von der EEG-Umlage zu befreien und
- Kosten treibende Sonderregelungen abzuschaffen.

Mittelfristig wird unsere Volkswirtschaft durch die Photovoltaik sogar deutlich entlastet, da Rohstoffkosten weitgehend entfallen: Die Sonne schickt uns keine Rechnung!

Wir fragen uns, wie es wohl der deutschen Wirtschaft ginge, wenn der große PV-Zubau 2011 nicht stattgefunden hätte? Während der extremen Kältewelle Anfang Februar hat die PV allem Anschein nach Deutschland vor einem großflächigen, evtl. sogar längeren Blackout bewahrt. Die PV hat in diesen

wenigen Tagen höchstwahrscheinlich schon mehr volkswirtschaftliche Schäden verhindert als die gesamte EEG-Förderung im Jahr 2012 ausmacht.

Das Vorhaben der Minister Rösler und Röttgen wäre allein deshalb ein großer politischer Fehler! Zudem wird es zahlreiche Firmen und Handwerker aus der Solarwirtschaft in die Insolvenz treiben und mehrere Zehntausend Arbeitsplätze kosten. Wollen Sie das? Können Sie das verantworten?

Wir appellieren an Sie als Abgeordneten des Landtags:

- **Stimmen Sie dem Vorschlag der Minister Rösler und Röttgen nicht zu!**
- **Teilen Sie uns Ihre Haltung zum Rösler/Röttgen-Papier mit!**

Da bereits in Kürze der Bundestag und dann der Bundesrat abstimmen soll, bitten wir bis zum 15. März um Ihre Antwort. Wir wollen anschließend unsere Mitglieder, die regionalen Betreiber von PV-Anlagen und die Presse darüber informieren, auch für den Fall, dass wir keine Antwort erhalten sollten.

Für die Zukunft bieten wir allen Parteien, die es ernst meinen mit einer echten, vollständigen Energiewende, auch weiterhin unsere Unterstützung an. Gemeinsam können wir es schaffen, die zweifellos noch bestehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

Mit freundlichen Grüßen!

Solarfreunde Moosburg e.V.

Hans Stanglmair

1. Vorsitzender

Haydnstr. 6

85368 Moosburg

Tel: 08761/9870

E-Mail: anfrage@solarfreunde-moosburg.de

Web: www.solarfreunde-moosburg.de

Sehr geehrter Herr Stanglmair,

vielen Dank für Ihr E-Mail vom 7.3.2012. Herr Pointner kann Ihren Unmut über die angekündigte Senkung der Solarstrom-Einspeisevergütung absolut nachvollziehen.

Auch die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER sieht in diesem Vorgehen eine große Gefahr für die Solarbranche auf der einen Seite sowie für das Nichterreichen der Ziele der Energiewende auf der anderen Seite.

Die FREIEN WÄHLER sind nicht gegen eine Degression der Einspeisevergütung. Das EEG war von Anfang an so gestaltet. Nur müssen die Kürzungen der Solarförderung maßvoll, nicht zu schnell und vor allem für die Marktteilnehmer berechenbar, erfolgen.

Aus diesem Grund hat die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER am 29. Februar 2012 einen Antrag an die Bayerische Staatsregierung eingereicht, dass das am 1.1.2012 eingeführte EEG-2012 in der bisher gültigen Fassung auch weiterhin umgesetzt werden muss. Inzwischen wurde dieser Antrag (Drucksache 16/11692) vom Landtag abgelehnt. Sobald uns das Protokoll vorliegt, können wir Ihnen das einzelne Abstimmungsergebnis mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Sonja Kieslinger

--

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Pointner, MdL

Abgeordnetenbüro Manfred Pointner, MdL
Zeppelinstr. 3
85399 Hallbergmoos

Tel: +49 (0) 811 / 9982-425
Fax: +49 (0) 811 / 9982-426
E-Mail: manfred.pointner@fw-landtag.de



FREIE WÄHLER Landtagsfraktion – Nein zur dritten Startbahn am Flughafen München, mehr Geld für die bayerischen Regionen – unsere Politik!

Diese E-Mail könnte vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail sind nicht gestattet!

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorised copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden!

eMail ist virenfrei.

Von AVG überprüft - www.avg.de

Version: 2012.0.1913 / Virendatenbank: 2114/4866 - Ausgabedatum: 12.03.2012

^[1] IZES-Kurzgutachten: „Kurzfristige Effekte der PV-Einspeisung auf den Großhandelsstrompreis“:
www.solarwirtschaft.de/fileadmin/media/pdf/izes_kurzgutachten_pv.pdf